

# Ausgabe Groß-Berlin Deutsche Allgemeine Zeitung

Einzelpreis 10 Pfennig

Berlin, 17. Januar 1930  
Freitag Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein, Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 68, Ritterstraße Nr. 50. Fernsprecher: Dönhofs  
0307-8948. Telegramm-Adresse: Nordzeit. Postfach-Konto:  
Berlin Nr. 107841. Bank-Konto: Darmstädter und National-  
bank. Depostenkasse: Berlin SW 68, Friedrichstraße Nr. 46



Die „DAZ“ erscheint wöchentlich zweifach. Bezugspreis  
monatlich 4,85 R.-M. (in Berlin eigene Botenstellung). An-  
zeigenspreis: 0,40 R.-M. Familien-Anzeigen und Stellen-  
angebote 0,25 R.-M. die 27 mm breite Millimeter-Zeile. Bei unver-  
schuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung

69. Jahrgang  
Nr. 27  
17. I. 1930

## Gewissensprüfung

Dr. F. K. Den Haag, 16. I.  
Nach dem Willen aller Delegationen soll am  
Sonntag den Young-Plan feierlich unterzeichnet  
werden. Von den Juristen wird an der technischen  
Ausfertigung des Schlussprotokolls mit allen Kräften  
gearbeitet. Zwar steht noch ein Liebesvernehmen über  
die Mobilisierung, den für Frankreich neben den  
Sanktionen allerwichtigsten Punkt. Es steht die Regelung  
der Ostrubite, und über die Liquidationsver-  
träge mit Kanada und Rußland ist man auch noch  
nicht einig. Im fortgeschrittenen Tempo soll trotzdem der  
Abschluß zu dem vorgemerkten Termin durchgeführt  
werden.

So haben wir noch einmal ohne Leidenschaft und  
Demagogie zu prüfen, ob die Zustimmung der deut-  
schen Regierung zu dem noch außerordentlich ver-  
schlechterten Young-Plan beantwortet werden kann.  
Niemand kann sich verhehlen, daß es sich um Verant-  
wortung gewaltigen Ausmaßes handelt, die zu über-  
nehmen ist. Niemand kann die Tatsache des ver-  
lorenen Arbeits und des Verlustes der Mittel aus dem  
Krieg lassen. Niemand kann bestrafen, daß unsere Unter-  
händler sich eifrig und redliche Mühe gegeben haben,  
von dem Standpunkt aus, auf dem sie stehen, tapfer zu  
kämpfen. Insbesondere ist es zu bedauern, daß die  
vielen ausgezeichneten Beamten zu erweisen, die eine  
unfähig aufreißende Selbstlosigkeit gezeigt haben, und  
unter den Hauptbedingten den neuen Reichsfinanz-  
minister Dr. Brüning hervorzuheben, dessen  
Leistung gegenüber dem Ausgang und in Anbetracht  
seiner kurzen Amtszeit hervorzuheben. Schließlich über-  
sehen wir die frühere Befreiung des Rheinlandes  
nicht, die in unsäßer Verbindung mit dem Young-  
Plan zu bringen unseren Gegnern leider gelungen  
war.

Aber in der anderen Waagschale liegen, fürchten  
wir, noch schwerere Gewichte. Schon der Pariser  
Young-Plan wurde von dem damaligen Sachverständigen  
als Heberförmigkeit der deutschen Leistungsfähigkeit  
erklärt. Selber sind finanzielle Lasten in der  
Höhe vieler Millionen hinzugekommen, die  
genau zu berechnen erst nach dem Vorliegen des  
Gesamtwertes möglich ist. Die Laastärke ist  
aus dem Zusammenhang mit dem Young-Plan ge-  
fährlich auf der Höhe haager Konferenz haben wir Zusat-  
zleistungen, konzentriert, auf der zweiten Haager Kon-  
ferenz neue Zusatzleistungen. In der Zwischenzeit  
wurden Liquidationsabkommen mit Polen, England,  
Italien, Belgien, Australien geschlossen, die, z. T. dem  
Grundgedanken von Treu und Glauben widersprechen, die  
unserer politischen Festlegungen und eorbinäre  
finanzielle Verbindlichkeiten. Das deutsche Volk  
befindet sich in vollständiger Unkenntnis dieser neuen  
Lasten, die in der Zeit zum Teil vollständig immora-  
lisch und finanziell nicht erträglich sind.

Zwischen neuen Kontrollen eingeführt werden,  
welche die Entscheidungen über Moratorium und  
Reifikation beschließen, sind, der Öffentlichkeit nicht  
bekannt. Bekannt ist nur, daß es französische Vor-  
haben war, den Plan unter diesem oder jenem Vor-  
wand irretrieblich zu gestalten, während jeder eifrig  
Mensch in Deutschland tief davon überzeugt ist, daß  
er auf die Dauer nicht durchzuführen werden kann.  
Schließlich wurde ein Sanktionsabkommen ge-  
traffen, das zweifellos mancher juristische Eiferling  
schaff, aber als neuer Rechtszustand nur das Festhalten  
deutscher Gleichberechtigung bestätigt, einer einzelnen  
Macht das Recht der Klagerhebung gibt und, trotz  
aller Klauen, unter den bestehenden nachpolitischen  
Verhältnissen ein Präjudiz für die Einführung des  
doch unter demokratisch-republikanischen Regime  
lebenden deutschen Volkes über die Art und Methode  
seiner Regierung schaffen kann.

Wir mögen ab. Wir erleben hier täglich mit  
bitterer Erkenntnis Deutschlands internationale  
Machtlosigkeit. Es ist, nachdem die Dinge einmal bis  
hierher geblieben sind, ausgeschlossen, den Young-  
Plan als solchen umzusetzen zu machen, als  
Grundlage einer Tributregelung abzulehnen, die  
in sich selbst standlos und wider Vernunft und  
Moral ist, ohne daß uns jedoch die Mittel zur Ver-  
fügung stehen, dem Tributzwang der Welt uns zu  
entziehen.  
Schon der erste Gesamtüberblick über die Ver-  
pflichtungen, die eine deutsche Regierung hier für  
58 Jahre unterzeichnen soll, führt zu der Schluss-  
folgerung, daß die allerwichtigsten Bedenken  
politischer, wirtschaftlicher, diplomatischer und (trotz  
mit unerträglicher Dunkelheit die Gegenfälle immer  
dabei spricht) auch ethischer Art gegen die Unter-  
zeichnung bestehen.  
Das deutsche Volk kennt die ganze Tragweite  
der Finanzlage des Reiches noch nicht. Im  
Angebot der Konferenz ist es völlig unmöglich,  
dabei genaue Angaben zu machen. Wenn aber die

## Privatisierung, Post- und Bahnanleihe

### Anfrage bei Morgan Die gesicherte Unabhängigkeit der Reichsbank — Rahmenerklärung über die Ostrubite

Dr. F. K. Den Haag, 16. I.  
(Sonderbericht der „DAZ“)

Nach dem Reichspostminister und dem General-  
direktor der Deutschen Reichsbankgesellschaft wird morgen  
früh auch der Reichspostminister Dr. Brüning  
in der Reichsbank hier erwartet. Hauptsächlich die Privat-  
finanzsache ist bis nach den Verhandlungen mit ihnen  
eine Entscheidung in Aussicht.

Die französische Delegation legt demnächst großen  
Wert auf Beteiligung Deutschlands an der ersten  
Französischen Young-Plan. Man ist der Meinung, daß  
die Privatfinanzsache mit der Deckung des  
Kreditbedarfs für Post und Reichsbank zu verbinden,  
womit die Franzosen mehrwöchentliche ihre Anleihe zu  
sichern glauben. Im Kreise der Bankiers wurde heute  
nachmittag eine Reihe von Mobilisationsarbeiten  
mit dem Reichspostminister Dr. Brüning, der ebenfalls  
auf die Wiederherstellung eines fortgesetzten Verhält-  
nisses mit dem Reichspostminister großen Wert legt,  
hat den ganzen Nachmittag über mit Dr. Brüning lange  
Zeit konferiert. Der bisherige französische Vorschlag ist  
unannehmbar und sorglos nach der Ansicht der  
Bankiers auch undurchführbar.

Weder hinsichtlich des Termins für die deutsche  
Anleihefrage noch in bezug auf die Aufschaltung

von Verbindungen, die die deutsche Souveränität be-  
rühren, sondern auch über die Höhe der Franzosen und  
der etwaigen deutschen Beteiligung wurde Einverständnis  
erzielt. Bei einem gesellschaftlichen Zusammenkunft, das  
Schlagwort von heute heute abend benannt, wird  
Gelegenheit zu weiteren Aussprachen sein.

Anwachen ist von dem Bankomité an das Haus  
Morgan die telegraphische Anfrage gerichtet worden, in  
welcher Weise die Emittenten von ihm vorgeschlagen würde.  
Sowohl die Privatfinanzsache, wie die Post- und  
Eisenbahnanleihe soll durch Morgan aufgesetzt

hierbei spielt eine erhebliche Rolle, daß die Frage der  
Unabhängigkeit der Reichsbank in bezug auf  
den Zins endgültig geklärt werden ist. Die  
von uns gemeldete Verhandlungsbildung, die gesetz-  
liche Änderungen der international gebundenen Ver-  
einbarungen des Reichsbankgesetzes erreichen soll, wird  
an zukünftiger Stelle als ein formalpolitischer  
Akt erklärt, und man sagt hierzu, daß in der „DAZ“  
gleichfalls bereits berichtet wurde, daß der Vertreter der  
Reichsbank selbst im Einvernehmen mit dem Regierun-  
gsminister bei den Kommissionsverhandlungen für diese  
Verfahrensänderung eingetreten ist, ohne daß es gelang,  
dieselben gemeinsamen Standpunkt damals durchzusetzen.  
Aber eine Anleihe der Unabhängigkeit der Reichs-

bank wäre für den Reichsfinanzminister die Sa-  
kularfrage gewesen, und man kann nur hoffen, daß  
damit das letzte Wort gesprochen ist. Es werden die sozial-  
demokratischen Anleihefrage über, über die man sich in  
Berlin noch sehr eingehend zu unterrichten haben wird.  
Sie sind von der Finanzsache nicht zu trennen und er-  
schütternde Koalitionserklärung auszugehen.

Was die Ostrubite betrifft, ist heute auf Grund  
italienischer Vorschläge unter dem Vorwort von  
einer Anleihe in der Ostrubite und Agrarfrage erzielt  
worden. Eine völlige Einigung in diese Richtung an-  
geschloffen sein.

Man erhebt aber, eine Rahmenerklärung zu  
verlassen, die gewisse Garantien enthält und ermöglichen  
soll, die Verhandlungen vor dem deutschen Schieds-  
gericht zu eröffnen. Die kleine Entente scheint  
grundsätzlich bereit, auf Grund dieser prinzipiellen Wä-  
rungsabkommen den Young-Plan zu unterstützen.

Die ungarische Delegation ist in den wochen-  
langen Verhandlungen vor ihrem Reichsstandpunkt aus  
nicht in Einzelheiten abgewichen — wie man sieht, mit  
Erfolg.

In dem Einverständnis über die österreichischen  
und bulgarischen Probleme wird nicht mehr ge-  
sprochen.

## Der Fall Wirth

Dr. F. K. Den Haag, 16. I.  
(Sonderbericht der „DAZ“)

Der Reichsminister für die besetzten Gebiete hat nach  
lich Gelegenheit genommen, sich in einer Rede vor dem  
Reichstag über die Tätigkeit des Reichsministers  
zu dem bekannten Intermezzo mit Herrn S. W. W. zu  
äußern. Herr Dr. Wirth stellt den Vorfall völlig anders  
dar. Herr S. W. W. habe nur gefragt, ob Deutschland  
cetero in der Lage sein solle, eine einzelne Macht zu dis-  
kriminieren, ob es also in einem gegebenen Falle die  
Zahlungen an England allein einstellen  
kann. Darauf habe er (Dr. Wirth) natürlich antwortet,  
das sei ganz ausgeschlossen, da ja Deutschland überhaupt

nicht direkt zahlte, sondern durch die Vermittlung der  
Internationalen Bank, die ihrerseits die Tribute zu ver-  
teilen haben wird.

Mit dieser rechtlich korrekten Nichtbeachtung kann  
die Angelegenheit leider nicht erledigt sein. Unter  
Zusammenhang, die auch in einem Teil der übrigen  
deutschen Presse, vor allem aber in sämtlichen holländischen,  
französischen und englischen Blättern erschienen ist und  
etwas ganz anderes besagt, kommt von dem Befehlshaber  
der englischen Delegation, Herrn Steuart, heute von  
Herrn S. W. W. selber. Dieser dürfte keinesfalls im  
Zweifel darüber sein, in welcher Weise sich die deutschen  
Zahlungsbefreiungen technisch abwickeln haben.

Herr Wirth wird von uns noch hören.

## Der indisch-englische Gegenfag

### Ausdehnung des Boykotts englischer Waren

London, 16. I. (Eigenbericht)

Die dauernd schlechter werdende Stimmung in Indien  
gegen England findet jetzt ihren Ausdruck auch darin,  
daß sich der Boykott gegen englische Waren  
und Befreiungsbefreiung fortgesetzt ausbreitet,  
und zwar nehmen daran auch die gebildeteren Klassen  
teil. Die Indier sind im allgemeinen zu der ge-  
wöhnlichen Richtung neigen. Die Indier zwischen den An-  
hängern der extremen nationalistischen Richtung, die eine  
völlige Unabhängigkeit Indiens, und den Gemäßigteren,  
die sich mit dem Zustand eines Dominions entsprechend  
den englischen Wünschen zufriedengeben wollen, erweiter  
sich demnach tagtäglich. Der indische Boykott ist der  
Gegenstand scharfer Kritik in der nationalistischen Presse,  
wobei der Glaube an Englands guten Willen im Stoff  
weiter untergraben wird. Die Kritik in den indischen  
Blättern konzentriert sich auf die Vorbeugungs-  
maßnahmen gegen etwa ausbrechende Un-  
ruhen klar zu werden. Inzwischen werden gemäßig-  
te Indier unter der Leitung von S. W. W. mit dem Wohngedanken zu einer Einigung darüber zu  
mit dem Wohngedanken zu einer Einigung darüber zu  
den Vorbeugungsmaßnahmen, organisiert lassen, um  
Indien baldig die Stellung als Dominion zu verschaffen.

Der indische Boykott hat die Dauer der Gesetzgebenden Ver-  
sammlung bis zum 31. Juli verlängert.

## Senatspräsident Donner wiedergewählt

Berlin, 16. I.

Im Senat hat heute die Wahl des Präsidenten statt-  
gefunden. Der bisherige Präsident Donner wurde mit  
177 von 254 abgegebenen Stimmen wiedergewählt.

## Premiere von gestern

Wald Baum: „Menschen im Hotel“  
Theater am Potsdamer Platz

Wenn es ein Berliner Hotel auf der Dreiecks-  
insel, mit Telefonzellen, Zimmern der Höhe und des  
Generaldirektors und Tanzsaal, und wenn man schließlich  
eine richtige Hall (Prüfungs) steht mit Wasserfällen,  
Tisch und Concerthaus, geht ein Teil des Vergnügens  
durch den Raum. Da die Handlung mit Sozialkritik,  
Konferenzhandlungen, Liebesabenteuer und einem kleinen  
Tischlag jedoch Erwartungen erweckt, die nicht einget-  
ren werden, und der Schluß sich in „Strasie“ endet, war man  
jemals enttäuscht. Der Besatz der G. und G. ist ein  
wichtigster Zuschauer und den Darstellern zu danken hat,  
erfreiche beachtliche Güter.

## Ergebnis des Dortmunder Sechstages-Mennens

1. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
2. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
3. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
4. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
5. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
6. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
7. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
8. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
9. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;  
10. Raufschützigen, 131 Punkte, 3646,300 km;

## Schacht-Hege ohne Ende

### Die SPD ruft: Halte den Dief

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstags-  
fraktion beschloß heute am Donnerstagabend im  
Reichstagsklub in Berlin, die SPD zu bitten, die  
Wahl einer Sitzung über den Fall Schacht ab und  
darauf folgende Mitteilung aus:  
„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstags-  
fraktion beschloß heute am Donnerstagabend im  
Reichstagsklub in Berlin, die SPD zu bitten, die  
Wahl einer Sitzung über den Fall Schacht ab und  
darauf folgende Mitteilung aus:  
„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstags-  
fraktion beschloß heute am Donnerstagabend im  
Reichstagsklub in Berlin, die SPD zu bitten, die  
Wahl einer Sitzung über den Fall Schacht ab und  
darauf folgende Mitteilung aus:“

Finanzkatastrophe als Argument für die Unterdrückung  
angeführt wird, so kann man damit noch eher das  
Gesemil beweisen, daß nämlich eben aus diesem  
Grunde die Kontraktion der enormen privatwirtsch-  
aftlichen Verbindlichkeiten unmöglich ist.

In Deutschland gibt es zwei Volkswirtschaften  
gegen den Young-Plan: eine tabuläre, die an  
revolutionäre Mittel zur Befreiung von Tributzwang  
und Kriegsschuld denkt. Eine realpolitische, die im  
Interesse der Durchführung des Young-Planes  
Opfer zu bringen bereit ist, aber den Haager  
Young-Plan ablehnen will.

Wir sind der Meinung, daß die Reichsregierung  
in die Tributverhandlungen kaum schlechter gerät  
hineingehen konnte, und daß im Verlauf der Monate  
viel mehr an Konzeptionen gemacht worden ist, als  
möglich und vertretbar war. Die Fehler und Unter-  
lassungen, deren schwerer das unglückliche Finanz-  
bedeutsame war, müssen nach der Konferenz rückgängig  
angeseht werden. Wir halten die Annahme des  
Young-Planes in der gegenwärtigen Form durch die  
verfassungsmäßigen Faktoren in Deutschland nicht  
für gesichert.

Aus diesen Gründen treten wir für eine Ver-

mit der systematischen Drohung der Kredite für  
die demnächst und der dadurch ständig wachsenden Re-  
sponsibilisierung wird sich in den nächsten Tagen die  
kommissionierte Sitzung der Vorstände der Partei, der  
Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des all-  
gemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes befaßt.“

Die Untergrabung der Kreditwürdigkeit, die  
Berliner Tarifverhandlungen und die Feierlichkeiten bei  
den Verkehrsunternehmen und anderswo sind  
Mittel- und darüber hinaus Auswirkungen  
lange ungelöst betriebener öffentlicher Wirt-  
schaft, die die SPD, durch Zielvorgabe gegen  
die Reichsbank, die an anderem unbestätigt ist, zu ver-  
schleieren und gleichzeitig — indem sie den Kopf  
Schacht fordert — zu vereiteln sucht.

ki. Wirth, 16. I. (Eigenbericht)  
Im Reichspostministerium hat die Politische Polizei  
eine formale öffentliche Gehörbrücker auf-  
gegeben, die staatsfeindliche Propagandaarbeit, ins-  
besondere für den Reichspostminister, herstellt. Neben der  
Befreiung von 15000 Flugplätzen wurden sechs  
Personen verhaftet, die sich mit dem Druck  
und Vertrieb der Flugblätter befaßten.

tagung der Konferenz und Redenaufnahme der Ver-  
handlungen in denjenigen wichtigen Punkten ein, die  
die Undurchführbarkeit des Young-Planes in kurzer  
Zeit erweisen werden. Wenn er zum Verträge werden  
sollte.

Die Ansicht der Delegation, es sei unmöglich, auch  
nur in der geringsten Beziehung Verbesserungen zu er-  
reichen, ist falsch. Der Beginn der Londoner Platten-  
konferenz kann für uns kein Grund sein, daß über  
Kopf zum Schluß zu fassen. Ein Vertragsantrag  
könnte bei der früheren Entente um so weniger Über-  
zeugung hervorbringen, als er mit dem politisch voll-  
kommen ethischen und kaufmännisch selbstverständlichen  
Wunsche zu begründen wäre, daß wir gerade die  
Durchführung des Planes selbst als möglich sichern  
wollen, die heute nicht gesichert ist.

Internationale, außenpolitisch und wirtschafts-  
politisch ist eine neue kurze Verhandlung einer  
Wichtigkeit ein bis zwei Jahren kaum vermeintlichen  
neuen Tributstreife vorzuziehen.

Die Verantwortlichen haben zu wählen.